

Bauernbund Brandenburg

christlich – konservativ – heimatverbunden

RUNDBRIEF März 2018



Vorfrühling auf unserem Mitgliedsbetrieb Kempf in Klein Mutz (Oberhavel)

Diese Ausgabe: Hauptversammlung im Schwanenkrug / Rede: Bäuerliche Familienbetriebe heute – Kurs halten zwischen Wachstumswahn und Ökoterror / Bauernbund kritisiert Wolfsverordnung / Kampagne [wolfsfreie zone.de](http://wolfsfreiezone.de) / Bauernbund protestiert mit 21 Wolfswachen gegen immer mehr Wölfe in Brandenburg / aktueller Stand Höfeordnung / Erfolge unserer Junglandwirte / Stellungnahmen zur Nutztierhaltungsstrategie und zum Tierschutzplan / Bauernbund gegen Kunstfleisch: Konzerne greifen erneut nach der Macht bei Lebensmitteln / Bauernbund kritisiert sinnlose Tötung von 1700 Kühen wegen Rinderherpes

Bauernbund Brandenburg e. V.

Interessenvertretung
der bäuerlichen Familienbetriebe
im Land Brandenburg
www.bauernbund-brandenburg.de

Präsident:

- Marco Hintze, Krielow (PM)

Vorstand:

- Thomas Kiesel, Barsikow (OPR)
- Jens Gerloff, Ganz (OPR)
- Hans-Jürgen Paulsen, Zollchow (UCK)
- Manfred Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Lutz Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Carlo Horn, Kagel (LOS)
- Christoph Schilka, Guhrow (SPN)
- Marcus Schilka, Guhrow (SPN)
- Max Kirsten, Polzen (EE)
- Reinhard Benke, Mörz (PM)
- Lutz-Uwe Kahn, Kleßen (HVL)

Geschäftsführer:

Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de

25 Jahre Bauernbund im Schwanenkrug Schönwalde: Anerkennende Worte für die "starke Stimme der Familienbetriebe"



Und wieder eine neue Gastwirtschaft: Nachdem der Pächter vom Landhaus Schönwalde bei Wandlitz aufgehört hatte, gingen wir erneut auf die Suche und wurden fündig beim Schwanenkrug, ebenfalls Schönwalde, allerdings im Glien, ein Fachwerkbau in Familienbesitz, kurz vor Spandau, vom Berliner Ring aus gut zu erreichen und mit einem Saal für 180 Gäste offen für weiteres Wachstum. 145 Stühle brauchten wir schonmal auf unserer Hauptversammlung am 19. Februar, auf der wir das 25-jährige Bestehen des Bauernbundes Brandenburg gefeiert haben. So war der Saal gut gefüllt, als unser Präsident Marco Hintze den Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD), die Fraktionsvorsitzenden Ingo Senftleben (CDU), Ralf Christoffers (Linke), Axel Vogel (Grüne) und den Agrarschussvorsitzenden Sven Schröder (AfD) begrüßte. Durchweg fanden alle Politiker anerkennende Worte für den Bauernbund als "starke Stimme der Familienbetriebe in Brandenburg". Konkrete Zusagen waren ohnehin nicht zu erwarten gewesen, dafür gab es lebhafte Diskussionen, etwa darüber, warum investorengesteuerte Großbetriebe die vollen Agrarsubventionen erhalten, weshalb Bürokratie und Kontrollen immer weiter zunehmen, wieso die Landesregierung nichts unternimmt gegen die Knebelverträge der Molkereien oder die Ausbreitung der Wölfe ... Eine wichtige Entscheidung trafen die Mitglieder in der Tagesordnung am Nachmittag, indem sie einen bereits im Januar gefassten Vorstandsbeschluss einstimmig bestätigten: "Weil der Deutsche Bauernbund eine Trennung von

Geschäftsführer Reinhard Jung zur Vorbedingung macht, verschiebt der Bauernbund Brandenburg seine Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bauernbund bis auf weiteres." Und konzentriert sich auf Inhalte.

vorne, von links: Marco Hintze (am Rednerpult), Ingo Senftleben, Dietmar Woidke, Ralf Christoffers, Sven Schröder, Axel Vogel.
Fotos: Düpsch



Bäuerliche Familienbetriebe heute – Kurs halten zwischen Wachstumswahn und Ökoterror

Aus dem Redebeitrag von Reinhard Jung auf der Hauptversammlung am 19. Februar 2018

(...) Mit der Überschrift habe ich ein unfreundliches Umfeld beschrieben, in dem wir uns behaupten müssen. In dem wir uns nur behaupten können mit einem klaren Selbstverständnis und daraus folgend einem starken Selbstbewusstsein. Für die einen sind wir ein Relikt aus alten Zeiten – zu klein, um ökonomische Potenziale zu nutzen, zu vorsichtig, um technische Innovation voranzutreiben, zu langsam, um volatile Märkte zu bedienen und zu teuer, um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. Fast ein Wunder, dass es unsere Bauernhöfe überhaupt noch gibt. Für die anderen sind wir längst Teil des agroindustriellen Systems: Mais ist Mord, Gülle ist Gift und vom Klimawandel über Gewässerbelastung bis zum Insektensterben – stets sollen wir es gewesen sein. Die unsäglichen Bauernregeln von Frau Hendricks, die ausdrücklich unsere Bauernhöfe mit einbeziehen, haben nur in plump-poetische Form gebracht, was immer mehr Ahnungslose in Stadt und Land inzwischen tatsächlich glauben: nämlich dass im wesentlichen die Landwirtschaft schuld ist an allem Übel dieser Welt. Ich wage zu behaupten, dass bundesweit ein Großteil der Betriebe, die für immer ihre Tore schließen, nicht aus ökonomischen Gründen aufgibt, sondern weil die Bauern jahrzehntelang nichts anderes mehr gehört haben als diesen Blödsinn. Und ich behaupte weiter, dass ein Großteil unserer agrarpolitischen Wirksamkeit darin besteht, dass wir unseren Bauern in Brandenburg den Rücken stärken, indem wir einfach nicht aufhören, die Wahrheit zu sagen, die da lautet: Der bäuerliche Familienbetrieb ist ökonomisch überlegen und er ist ökologisch überlegen!

Fangen wir mit der Ökonomie an, mit den Wachstumswahnsinnigen, die seit Jahrzehnten unseren Untergang vorhersagen. Es ist still geworden um die Propheten des sogenannten Brandenburger Weges, des Ideals, Landwirtschaft gemeinsam betreiben zu wollen. Wie viele echte Agrargenossenschaften gibt es überhaupt noch, die wirklich noch Leuten aus dem Dorf gehören? Allzu viele können es nicht mehr sein und die Geier kreisen schon. Es ist still geworden um die fortschrittlichen Agrarprofessoren, die Hofreiter und Konsortenhofiert haben und all die großen überregionalen Agrarholdings, als Schrittmacher einer modernen Großlandwirtschaft. Dass Investoren Geld ausgeben können, dafür gibt es mittlerweile unzählige Beispiele. Aber Geld verdienen? In meiner alten Heimat Schleswig-Holstein ist es still geworden um die dynamischen Unternehmertypen, die den Schritt von 100 auf 500 Milchkühe gewagt haben. Sie haben immer noch eine große Klappe, aber die reißen sie nicht mehr ganz so weit auf, seit der Kreditberater die Anbauplanung macht.

Aber wir, liebe Berufskollegen, wir sind alle noch da. Wir hatten gute Jahre, wir hatten schlechte Jahre, aber wir sind alle noch da. Und warum? Weil die ganzen schlauen Ökonomen in ihren ganzen schlauen Berechnungen zwar viele Produktionsfaktoren berücksichtigt, aber einen ganz wichtigen vergessen haben: PPP. Kennt Ihr nicht? Kommt auch in keinem wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbuch vor und wird deshalb von mir hier und heute offiziell eingeführt: PPP heißt ... Privatinitiative pro Produktionseinheit. PPP heißt, wir fahren, wenn der Boden ohne Schaden befahrbar ist, von der ersten bis zur letzten Minute. Wir stehen nachts auf, wenn die Kuh kalbt. Wir steigen ab, wenn wir ein Rehkitz erwischt haben, weil wir es nicht im Futter haben wollen, und wir machen unseren Sonntagsspaziergang durchs Getreide, um nachzuschauen, wo wir nächste Woche ein Fungizid einsparen können. Warum machen wir das? Weil es unsere Höfe sind, unsere Äcker und unsere Tiere. Weil es kein Mindestlohn plus Überstundenvergütung ist, sondern unser Geld, das wir verdienen oder auch nicht verdienen und das wir sehr, sehr sorgsam wieder einsetzen. Ganz einfach, weil es unser Leben ist auf unseren Höfen. Und deshalb, liebe Berufskollegen, genau deshalb sind unsere bäuerlichen Familienbetriebe in der Produktion so erfolgreich wie keine andere Agrarstruktur auf der Welt.

Das reicht heute aber nicht mehr, höre ich die Wachstumswahnsinnigen schon wieder. Zukunftsfähigkeit sieht anders aus. Was wir auf unseren Betrieben ganz dringend brauchen, um international mitzuhalten, ist professionelles Management. Wir brauchen die Digitalisierung. Wir brauchen die Zertifizierung. Wir brauchen die Dokumentation und die Erfolgskontrolle. Muss ich dazu noch etwas sagen? Lass sie sabbeln ... In ihrer bisherigen Form hat die Landwirtschaft keine Zukunft, sagt auch Frau Hendricks, nur aus anderen Gründen: Unsere Landwirtschaft befinde sich in einer Akzeptanzkrise, sagt sie, und in einer Umweltkrise. Kein anderer Wirtschaftszweig, die Atomenergie mal ausgenommen, befindet sich so stark in der öffentlichen Kritik wie wir, kein anderer Berufsstand wird so mit pauschalen Anschuldigungen konfrontiert, die

Umwelt massiv zu schädigen, ja nicht einmal vor dem ökologischen Landbau und schon gar nicht vor unseren Bauernhöfen macht diese Besudelung inzwischen halt, die weite Teile der Gesellschaft erfasst hat. Damit bin ich bei den Ökoterroristen angelangt, um die es leider nicht still geworden ist, im Gegenteil. Wie gehen wir mit einer Gesellschaft um, die uns zunehmend fremder wird ... der wir fremd sind – wie auch anders? Nach 60 Jahren Wachsen oder Weichen sind wir Bauern nur noch eine verschwindend kleine Minderheit, sitzt vielerorts leider niemand mehr am Tisch, der Landwirtschaft erklären kann, wenn über die Landwirtschaft geredet wird. Wie gehen wir damit um?

Um es ehrlich zu sagen, ich weiß es auch nicht. Eine riesige Kommunikationsaufgabe, die Euren Kommunikationsexperten ratlos macht. Aber ich glaube, es ist schon viel gewonnen, wenn wenigstens wir selber klar bleiben im Kopf. Wenn wir uns als Minderheit nicht von den Minderwertigkeitskomplexen überwältigen lassen, die uns zgedacht sind. Wenn wir der Mehrheit selbstbewusst und offen gegenüber treten und vielleicht auch mal den Spiegel vorhalten. Der großen Mehrheit zum Beispiel, die gar nicht produziert. Das ist nichts Schlimmes und bei Kindern, Alten und Kranken völlig normal. Auch ist nicht verwerflich, wenn Menschen so reich sind, dass sie es nicht mehr nötig haben zu arbeiten. Oder wenn sie, obgleich nicht ganz so reich, meinen, ohne Arbeit besser durchs Leben zu kommen. Wenn die uns erklären wollen, wie man besser lebt, können wir darüber ganz entspannt philosophieren. Aber müssen wir uns von denen erklären lassen, wie man besser produziert? Nein! Und was ist mit der großen Mehrheit, die Dinge produziert, die niemand braucht? Ich habe nicht gesagt, dass diese Dinge nicht nachgefragt werden, sonst würden ja nicht so viele Menschen damit ihr Geld verdienen. Aber ich wage zu behaupten, dass eine Welt ohne Silvesterböller, Laubsauger, Kreuzfahrtschiffe, Computerspiele, Finanzdienstleistungen und Naturschutzfachplanungen nicht sehr viel ärmer wäre. Müssen wir uns von diesen Produzenten über die Umweltverträglichkeit unserer Produktion belehren lassen? Nochmals Nein! Und schließlich die große Mehrheit, die jeden Tag Dinge schafft, die alle brauchen und die unser Leben bereichern. Ich nehme mir mal die redlichste aller redlichen Branchen heraus, das Bauhandwerk. Fast unsere gesamte Wirtschaft beruht auf Raubbau: Selbstverständlich verwenden unsere Handwerker Baumaterialien, deren Rohstoffe irgendwo abgebaut und unter hohem Energieaufwand geformt wurden und die nach Nutzung des Gebäudes früher oder später in einer Bauschuttdeponie entsorgt werden müssen. So ist das auch mit Autos, mit Regenschirmen, mit Tageszeitungen, mit allem. Mit fast allem. Es gibt eine verschwindend kleine Minderheit, völlig unbedeutend, nicht einmal zwei Prozent der Bevölkerung, die produziert etwas, was wir notwendig, überlebensnotwendig brauchen, was dazu noch verdammt gut schmeckt, und sie produziert es durch Anbau. Durch Bodenfruchtbarkeit, Sonnenenergie und menschliche Arbeit. Kein Abbau, keine Endlagerung, alles dreht sich im Kreis. Das ist die Landwirtschaft, das sind wir, und deshalb, liebe Berufskollegen: Bitte keine falsche Bescheidenheit! Vom intensiven münsterländischen Schweinemäster bis zum extensiven spreewälder Mutterkuhhalter ist die Landwirtschaft ökologisch gesehen die Creme de la Creme unserer Gesellschaft! Danach kommt lange nichts, ganz lange nichts ... und dann können wir weiter diskutieren. Und das sollten wir dann auch selbstbewusst und offen tun.

Zum Beispiel über das Argument, unsere Landwirtschaft produziere mit einem Energieaufwand wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Das ist richtig, nur gilt das für die ganze Gesellschaft. Um einen Menschen in unserem Land ein Jahr lang satt zu kriegen, brauchen wir rund 20 Liter Diesel für die Bodenbearbeitung und 20 Liter Diesel für die Stickstoffgewinnung aus der Luft. Nehmen wir, großzügig gerechnet, noch mal 20 Liter dazu für den Rest, Maschineneinsatz, Stallarbeit, Transporte. Dann sind wir bei 60 Liter pro Kopf. Das ist eine Tankfüllung. Das ist einmal an die Ostsee fahren. Über welche Umweltbelastung reden wir? Oder das Argument, unsere Landwirtschaft ernähre zu viele Tiere, deshalb müssten Menschen hungern. Da ist was dran, aber nur zur Hälfte. Würden wir die Grenzen für Futtermittelimporte schließen, könnten wir lange nicht so viele Schweine und Hühner halten wie heute, aber unser heimischer Ackerbau und damit unsere Betriebe würden davon profitieren – also gerne! Ob auf den frei werdenden Flächen am Rio de la Plata dann Brot für die Welt angebaut wird, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Aber würden wir die Zahl der Rinder und Schafe in Deutschland deutlich reduzieren, die auf dem anders nicht verwertbaren Grünland Milch und Fleisch und Dung für den Acker erzeugen, hätten wir, ohne ein einzigen Hungernden zu retten, viel weniger Lebensmittel in Deutschland, hätten selber wieder Hunger. Soviel zu dem veganen Wahnsinn. (...)



Bauernbund zur Wolfsverordnung: Fürchtet Euch nicht, wehrt Euch!

Pressemitteilung vom 21. Dezember 2017

Der Bauernbund Brandenburg hat die von der Landesregierung heute verabschiedete Wolfsverordnung als "vergiftetes Weihnachtsgeschenk" bezeichnet. "Diese Verordnung ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt wurde", sagte Frank Michelchen, Biobauer aus Leibsch im Unterspreewald und Wolfsbeauftragter des Bauernbundes, dem dieses Jahr bereits das dritte Kalb von Wölfen gerissen wurde: "Durch eine Vielzahl von Einschränkungen und schwammigen Formulierungen bleiben wir Landwirte den Launen praxisfremder Bürokraten ausgeliefert. Die Politiker sind eingeknickt vor der mächtigen Lobby aus NABU, BUND und WWF, die mit ihrer Wolfspropaganda riesige Spendensummen von Konzernen und ahnungslosen Städtern kassieren." Der Bauernbund müsse nun sehr gründlich überlegen, wie er mit der veränderten Situation umgehe. Michelchen appelliert an seine Berufskollegen, trotz ständig steigender Wolfsangriffe durchzuhalten: "Den Weidetierhaltern, die 365 Tage im Jahr und auch in der Heiligen Nacht bei ihren Herden sind, rufe ich zu: Fürchtet Euch nicht! Wehrt Euch gegen diese verantwortungslose Politik!"

Damit standen kurz vor Weihnachten die Zeichen auf Konfrontation. Den Plan B, auf den wir uns gemeinsam mit dem Landesbauernverband vorbereitet hatten, mussten wir freilich allein umsetzen – im letzten Moment verließ den LBV der Mut, die Landesregierung massiv zu kritisieren. So wurde zwischen den Tagen ein Internet-Auftritt konzipiert und in den ersten beiden Januarwochen umgesetzt, den wir am 17. Januar unter großer Beteiligung aller maßgeblichen Medien aus Brandenburg und Berlin der Öffentlichkeit vorstellen konnten.

Bauernbund korrigiert Wolfspolitik: Große Teile Brandenburgs müssen wolfsfreie Zone werden

Pressemitteilung vom 17. Januar 2018

Nach einem Jahr ergebnisloser Zusammenarbeit mit der Landesregierung sieht der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, keine Chance mehr, zum Thema Wolf einen Kompromiss zu finden. "Das Wolfsmonitoring ist fehlerhaft, die Wolfsverordnung ist wirkungslos, das Wolfsmanagement ist gescheitert", sagte Bauernbund-Präsident Marco Hintze bei einem Pressegespräch auf seinem Hof in Krielow, Landkreis Potsdam-Mittelmark. Der Bauernbund werde statt dessen den Widerstand der Landbevölkerung gegen den Wolf organisieren, kündigte Hintze an und forderte, große Teile Brandenburgs zur wolfsfreien Zone zu machen: "Überall, wo Menschen und Weidetiere sind, müssen Wölfe konsequent gejagt werden."

2017 hatte der Bauernbund nachgewiesen, dass die fortgesetzte Ausbreitung der Wölfe zu einer Industrialisierung der Tierhaltung und zu einem Rückgang der ökologischen Weidewirtschaft führen würde, und hatte Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, wie trotz des strengen Naturschutzes Wölfe, die sich einer Weide nähern, getötet werden können. "Alle unsere Kompromissvorschläge wurden nicht beachtet, die Zeit des Verhandeln ist vorbei", bedauert Hintze, der selber 80 Mutterkühe auf der Weide hält.

Unter der Internet-Adresse <http://www.wolfsfreiezone.de> können sich alle Bürger, die die Forderungen des Bauernbundes unterstützen, ab sofort eintragen und vernetzen. Am 9. März werden an mindestens fünfzehn Standorten in Brandenburg und Berlin Mahnfeuer veranstaltet. Noch im Frühjahr will der Bauernbund sich deutlich zu der Frage äußern, unter welchen Bedingungen Jäger und Landwirte sich bereits heute gegen Wölfe wehren dürfen. Weitere Aktionen seien für das gesamte Jahr geplant, so Hintze: "Wir lassen uns die ökologische Weidetierhaltung nicht durch falsch verstandenen Naturschutz kaputt machen."



Unser Vorstandsmitglied Marcus Schilka (Foto: Hilscher) sowie vier weitere Weidetierhalter mit ihren Tieren zeigt die Startseite von wolfsfreiezone.de. Durch Medienveröffentlichungen und die sozialen Netzwerke verbreitete sich die Information in Windeseile. Innerhalb weniger Wochen hatten über 5000 Menschen unsere Forderungen unterzeichnet, etwa 2100 aus Brandenburg und etwa 3600 mit dem Wunsch, weitere Informationen zu bekommen. Mit Marco Hintze im ZDF-Frühstücksfernsehen und Reinhard Jung in der heute-show erzielten wir bundesweite Aufmerksamkeit. Durch wolfsfreiezone.de ist die Grundlage gelegt für eine Kampagne, die am 9. März mit landesweiten Wolfswachen begann und die am 10. November mit einer Protestdemonstration in Potsdam einen vorläufigen Höhepunkt erreichen wird. Termin bitte schonmal vormerken.

Bauernbund protestiert mit Wolfswachen gegen immer mehr Wölfe in Brandenburg

Pressemitteilung vom 10. März 2018

1950 Menschen haben am Freitagabend auf den vom Bauernbund veranstalteten Wolfswachen gegen immer mehr Wölfe und für die Zukunft der Weidetierhaltung in Brandenburg protestiert. An einundzwanzig Standorten zwischen Elbe und Oder brannten Mahnfeuer, verlangten Bauern, Jäger und Dorfbewohner, große Teile Brandenburgs zur wolfsfreien Zone zu erklären. "Die Nutztierrisse steigen von Jahr zu Jahr. Unsere Geduld ist am Ende", sagte Bauernbund-Vorstand Marcus Schilka am Feuer neben seiner Bio-Rinderherde in Guhrow im Spreewald: "Wir wollen kein Schweigegeld mehr für tote Kälber und kein Bestechungsgeld für Hochspannungszäune. Wir wollen einfach nur ohne Angst auf dem Lande leben und dafür muss die Zahl der Wölfe in Brandenburg deutlich reduziert werden."

Zur Durchsetzung der wolfsfreien Zone fordert der Bauernbund zum einen von der Landesregierung, Druck Richtung Brüssel und Berlin zu machen:

- 1.) Der strenge Schutzstatus des Wolfs im europäischen Naturschutzrecht muss gelockert werden, weil er längst nicht mehr vom Aussterben bedroht ist.
- 2.) Der Wolf muss ins deutsche Jagdrecht aufgenommen werden, so dass die Population wie jede andere Wildart einfach reguliert werden kann.

Zum anderen soll die Landesregierung endlich die bereits jetzt schon auf Landesebene bestehenden Möglichkeiten zur Reduzierung der Wölfe voll ausschöpfen:



- 3.) Wo Wölfe umfangreiche Schäden anrichten, müssen sie durch so genannte Schutzjagden zurückgedrängt werden, wobei darauf zu achten ist, dass sie nicht erneut ausgerottet werden.
- 4.) Wenn Wölfe Weidetiere angreifen, muss die Wolfsverordnung Tierhaltern und Jägern das Recht zubilligen, diese zur Abwendung der Gefahr zu töten.
- 5.) Im Wolfsmanagementplan müssen Schutzgebiete ausgewiesen werden, in die sich Wölfe zurückziehen können, z. B. ehemalige Truppenübungsplätze.

Die Wolfswachen am Freitagabend sind Teil einer Kampagne, mit der der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, die Zukunft der besonders naturnahen und artgerechten Weidetierhaltung sichern möchte: <http://www.wolfsfreiezone.de>.



Oben: Unser Präsident Marco Hintze begrüßt auf der Wolfswache in Krielow (Potsdam-Mittelmark). Links: Vorstandsmitglied Max Kirsten vor seinem Feuer in Polzen (Elbe-Elster), an das 250 Menschen kamen. Rechts: Schäfer Karl-Heinz Rathenow hatte auf seine Wolfswache in Lübars (Berlin) mit einem Transparent aufmerksam gemacht. Außerdem für den Bauernbund diesmal dabei: Marc Mennle in Birkholz (Prignitz), Reinhard Jung in Lennewitz (Prignitz), Ulf Simon in Michaelisbruch (Ostprignitz-Ruppin), Jens Gerloff in Teetz (Ostprignitz-Ruppin), Friedhelm Krause in Rönnebeck (Oberhavel), Christian Tamm in Wesendorf (Oberhavel), Hans-Jürgen Paulsen in Zollchow (Uckermark), Dirk Schulze in Altbarnim (Märkisch Oderland), Stefan Graf in Rauen (Oder-Spree), Frank Thumericht in Wellmitz (Oder-Spree), Ingolf Reimann in Jämlitz (Spree-Neiße), Marcus Schilka in Guhrow (Spree-Neiße), Matthias Kurth in Craupe (Oberspreewald-Lausitz), Frank Michelchen in Leibsch (Dahme-Spree) und Jens Schmücker in Spaatz (Havelland). Drei weitere Wolfswachen hatte kurz vor Schluss auch der Landesbauernverband angemeldet.

Landwirtschaftliche Schöffen gesucht

In diesem Jahr endet die Amtsperiode der ehrenamtlichen Richter (Schöffen) an den Landwirtschaftsgerichten. Für die fachliche Beurteilung von Streitfragen sind oftmals erfahrene Landwirte erforderlich. Aus unserer berufsständischen Sicht ist wünschenswert, dass dabei Inhaber bäuerlicher Familienbetriebe ausreichend vertreten sind. Kommt es zu einer rechtlichen Auseinandersetzung etwa mit einem großen Agrarkonzern oder einem anonymen Investor, kann es für den betroffenen Kollegen überaus wichtig sein, dass auf der Richterbank auch echte Bauern sitzen. Der Bauernbund hat Vorschlagsrecht. Wer Interesse an der Tätigkeit als Schöffe am Landwirtschaftsgericht hat, bitte bis 15. April bei der Geschäftsstelle melden, Telefon (038791) 80200, E-Mail: textjung@gmx.de.

Höfeordnung: zwei Schritt voran, drei Schritt zurück

Im ersten Halbjahr 2018 wird sich entscheiden, ob in Brandenburg, wie seit langem vom Bauernbund gefordert, die nordwestdeutsche Höfeordnung als landwirtschaftliches Sondererbrecht eingeführt wird. Zur Erinnerung: Der Landtag hatte die Einführung der Höfeordnung in Brandenburg am 25. September 2015 einstimmig beschlossen, um die bäuerlichen Familienbetriebe im Land zu stärken und ihrer Aufteilung und Veräußerung an außerlandwirtschaftliche Investoren entgegenzuwirken. Kern der in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geltenden Höfeordnung sind folgende Punkte: 1. die geschlossene Vererbung des Hofes an einen Hoferben, 2. daraus resultierend die finanzielle Abfindung der weichenden Erben, 3. dafür eine niedrige Bemessungsgrundlage, abgeleitet aus der grundsteuerlichen Bewertung landwirtschaftlichen Vermögens, mit dem Ziel, die Erhaltung des Hofes als leistungsfähige Wirtschaftseinheit nicht mit unverhältnismäßig hohen Kosten zu belasten, und 4. eine Reihe von Pflichten für den Hoferben, die aus seiner Sonderstellung folgen, z. B. die Versorgung des Altenteilers, die Nachabfindung der weichenden Erben bei Verkauf von landwirtschaftlichem Vermögen ...

Nach zwei Jahren, in denen destruktive Kräfte in Landwirtschaftsministerium, Justizministerium und Finanzministerium erst die Erforderlichkeit der Einführung abgestritten und dann immer neue juristische Probleme erfunden haben, weshalb die Höfeordnung nicht an die Situation in Brandenburg angepasst werden kann, wurde uns am 23. Oktober 2017 ein Gesetzentwurf zur Stellungnahme vorgelegt. Dieser widersprach in zwei wesentlichen Punkten dem Kern der Höfeordnung:

1.) Als Bemessungsgrundlage für die Abfindung der weichenden Erben definierte der Gesetzentwurf den Ertragswert des Hofes. Dieser liegt deutlich höher als der in der Höfeordnung enthaltene Einheitswert, der in den alten Bundesländern für die grundsteuerliche Bewertung landwirtschaftlichen Vermögens verwendet wird. In den neuen Bundesländern wird für die grundsteuerliche Bewertung landwirtschaftlichen Vermögens der Ersatzwirtschaftswert verwendet. Dieser unterscheidet sich vom Einheitswert dadurch, dass er nicht das Wohneigentum einbezieht, aber die Pachtflächen. Unser eigentlich ganz einfacher Vorschlag zur Anpassung der Höfeordnung an diese Situation war, dass bei der Abfindung der weichenden Erben das Wohneigentum zum Verkehrswert und das landwirtschaftliche Vermögen zum Ersatzwirtschaftswert, bereinigt auf die Eigentumsflächen, bewertet wird. Eine Höfeordnung mit dem Ertragswert als Bemessungsgrundlage ist zum einen keine Höfeordnung mehr und zum anderen komplett überflüssig, da die Abfindung der weichenden Erben zum Ertragswert bereits heute nach § 2049 BGB möglich ist.

2.) Die geschlossene Vererbung des Hofes war im Gesetzentwurf nicht mehr verbindlich vorgesehen, die entsprechenden §§ 16 und 17 der Höfeordnung wurden gestrichen. Grund dafür ist deren angebliche Unvereinbarkeit mit dem Art. 64 Abs. 2 EGBGB, nach dem das Anerbenrecht der Länder die Testierfreiheit des Erblassers nicht einschränken darf. Das ist aus mehreren Gründen Unsinn: Zum einen handelt es sich bei der nach Höfeordnung verbindlichen geschlossenen Vererbung faktisch um eine Erweiterung der Testierfreiheit, denn der Erblasser erhält damit eine zusätzliche, im Sinne der Erhaltung eines leistungsfähigen Betriebes vorteilhafte Möglichkeit, sein landwirtschaftliches Vermögen zu vererben. Zum anderen hätte es nach dieser Logik in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gar keine Höfeordnung geben dürfen, denn der Art. 64 EGBGB stammt aus dem Jahr 1896 – und hätte die britische Militärregierung bei Einführung der Höfeordnung 1947 gegen geltendes Recht verstoßen, hätte das irgendein spitzfindiger Rechtsanwalt irgendeines raffgierigen weichenden Erben in den vergangenen 70 Jahren natürlich herausgefunden und durchgeklagt.

Genau diese Bedenken haben Bauernbund, Landesbauernverband und Familienbetriebe Land & Forst am 1. Dezember 2017 in einer gemeinsamen (!) Stellungnahme ausführlich dargelegt und erneut die Notwendigkeit einer schnellen Einführung der Höfeordnung betont. Wieder ist ein Vierteljahr vergangen, ohne Ergebnis. Dies als Zwischeninformation, im nächsten Rundbrief wird zu lesen sein, ob unsere letzten Bemühungen Erfolg hatten ... oder das Projekt vorerst gescheitert ist.

Unsere Jungbauern – mal wieder – ganz vorn

Dass unsere Mitglieder immer hübsch bescheiden sind, ist eigentlich klasse, hat nur den Nachteil, dass berufliche Erfolge der Rundbrief-Redaktion eher zufällig bekannt werden. Nachdem Benjamin Zinsler-Ebel, der auf 280 ha in Blumberg (Barnim) Ackerbau betreibt, bereits 2015 beim bundesweiten Berufswettkampf der Landjugend als drittbester deutscher Nachwuchs-Landwirt ausgezeichnet wurde, erfuhren wir kürzlich zwei weitere "Neuigkeiten": 2016 schloss Robert Albinus, der auf einem Großbetrieb arbeitet, aber nach Feierabend tatkräftig im 50-ha-Neben-erwerbsbetrieb seines Vaters in Atterwasch (Spree-Neiße) mit Ackerbau, Mutterkuhhaltung und Rindermast mithilft, seine landwirtschaftliche Lehre als Jahrgangsbester von



ganz Brandenburg ab. Und 2017 gelangte Konrad Niendorf, der mit seinem Vater einen viehlosen 650-ha-Marktfruchtbetrieb in Reinsdorf (Teltow-Fläming) bewirtschaftet und eine Kompostierungsanlage aufbaut, als einer von drei Kandidaten in die deutschlandweite Auswahl zum "Ackerbauer des Jahres" bei dem renommierten Ceres Award, mit dem der Deutsche Landwirtschaftsverlag herausragende Leistungen und innovative Geschäftsideen prämiert und öffentlich bekannt macht. Also, der Bauernbund gratuliert den beiden herzlich und wünscht für die berufliche Zukunft alles Gute: Bleibt weiter wissbegierig, fleissig und bescheiden, dann werdet Ihr auf Euren Betrieben genauso Erfolg haben und die Zukunft meistern!

Tierproduktion in vernünftigen Größenordnungen fördern

Stellungnahme des Bauernbundes Brandenburg vom 18. Dezember 2017 zum Entwurf der Landesregierung für eine Nutztierhaltungsstrategie

Die Analyse ist keine wirkliche Analyse, denn sie beschreibt im wesentlichen die rückläufigen Tierbestände und die abnehmende Zahl tierhaltender Betriebe, ohne die Ursachen dafür zu benennen. Ausgangspunkt der negativen Entwicklung war nach unserer Einschätzung die Situation in der Nachwendezeit mit einem großen Investitionsstau in der gesamten Landwirtschaft, wobei Investitionen in die personal- und kostenintensive Tierproduktion ökonomisch weniger interessant erschienen als Investitionen in den Ackerbau. Hauptursache für die anhaltend negative Entwicklung ist die damals durch massive Vorteile für die LPG-Nachfolgebetriebe entstandene und bis heute unverändert bestehende ungünstige Agrarstruktur in Brandenburg: Aus den im Bundesvergleich weit überdurchschnittlichen Betriebsgrößen in Verbindung mit deren unbegrenzter Subventionierung resultieren keine ökonomischen Anreize, durch Erhöhung der Wertschöpfungstiefe die Potenziale in der Tierproduktion zu nutzen. Für sehr viele Betriebe besteht schlicht keine Notwendigkeit, sich mit Tierproduktion überhaupt auseinander zu setzen.

Auch das Wachstum von Tierproduktion in den höheren Größenklassen wird in dem Entwurf lediglich beschrieben und nicht weiter problematisiert. Dabei sind genau solche Konzentrationen von sehr hohen Tierzahlen an einem Standort durch die davon ausgehenden Umweltbelastungen Ursache für die gegenwärtigen Akzeptanzprobleme von moderner Tierproduktion. Genau solche Großmastanlagen sind es, die maßgeblich zum Erfolg der Volksinitiative gegen Massentierhaltung bei-

getragen haben mit seinen verheerenden Auswirkungen auf das Image der gesamten Landwirtschaft in der Öffentlichkeit. Da hilft auch keine Blümchenlyrik weiter wie die im Entwurf enthaltene Formulierung, es sollten die "für Brandenburg typischen, historisch gewachsenen Strukturen inklusive der Investitionen auswärtiger Akteure" akzeptiert und in die Strategie eingebunden werden. Die Agrarfabriken oftmals holländischer Firmen mit gigantischen Tierzahlen und geringen Flächen sind agrarstrukturelle Fehlentwicklungen, mit denen wir umgehen müssen, die aber nichts mit einer nachhaltigen, zu unserem Land passenden Nutztierhaltungsstrategie zu tun haben.

Bauernbund und CDU-Landtagsfraktion hatten in den Diskussionen im Frühjahr 2016 immer wieder gefordert, über eine Bundesratsinitiative das Baugesetzbuch dahingehend abzuändern, dass Anlagen mit Tierzahlen oberhalb der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung grundsätzlich der kommunalen Bauleitplanung unterliegen müssen. Die Änderung des Baugesetzbuchs ist aus unserer Sicht nach wie vor der zentrale politische Hebel, um eine flächengebundene Nutztierhaltung in vernünftigen Größenordnungen voranzubringen. Im Kompromiss zwischen Landesregierung und Volksinitiative vom April 2016 wurde wenigstens vereinbart, bis Ende 2016 zu prüfen, wie die kommunalen Einflussmöglichkeiten, die Bürgerinformation und -beteiligung im Zusammenhang mit der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen gestärkt werden können. Das Ergebnis dieser Prüfung ist uns nicht bekannt, aber es ist offensichtlich nicht in den Entwurf eingeflossen. Trotz entsprechender Planungen im Bundesumweltministerium hat die brandenburgische Landesregierung in dieser entscheidenden Frage bis heute nichts unternommen.

Soweit sich der Entwurf nur auf Maßnahmen bezieht, die unmittelbar auf Landesebene umsetzbar sind, sollten Potenziale für die Tierproduktion in Brandenburg aus unserer Sicht deshalb vor allem in den Größenklassen erschlossen werden, die nicht mit Umweltbelastungen und Akzeptanzproblemen verbunden sind. Das sind alle Betriebe mit Tierzahlen unterhalb der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung und einer Tierdichte unter zwei Großvieheinheiten pro Hektar. Für diese Betriebe sollten bestehende Produktionsauflagen praxisgerecht ausgelegt und keine zusätzlichen Produktionsauflagen über Bundes- und EU-Recht hinaus erteilt werden. Auf diese Betriebe sollten logischerweise auch alle Fördermittel konzentriert werden. Die Förderung von Großmastanlagen hingegen, insbesondere die Nachrüstung auf aktuellem Stand im Hinblick auf verschärfte Umweltauflagen, würde agrarstrukturelle Fehlentwicklungen zementieren, indem sich dadurch die Laufzeiten dieser Anlagen verlängern.

Positive Impulse für die brandenburgische Agrarstruktur und damit zugleich ökonomische Anreize für eine Nutzung von Potenzialen in der Tierproduktion sind insbesondere dann zu erwarten, wenn die staatliche Agrarförderung nur noch bis zu einer betrieblichen Obergrenze ausgezahlt wird und nur noch für Betriebe, die sich im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden, die nicht an weiteren Betrieben beteiligt sind. Unsere Vorschläge für die Fortschreibung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 liegen der Landesregierung vor.

Neuer Schweinestall für 1900 Mastplätze auf unserem Mitgliedsbetrieb Kalies in Ortwig (Märkisch-Oderland)



Zustimmung kann derzeit nicht erteilt werden

Stellungnahme des Bauernbundes Brandenburg zum Tierschutzplan vom 12. Februar 2018

Der Bauernbund Brandenburg hat trotz seiner kritischen Haltung zum "Kompromiss" zwischen Landesregierung und Volksinitiative gegen Massentierhaltung aktiv an der Erarbeitung des Tierschutzplans teilgenommen. Er hat insbesondere mit der fachlichen Kompetenz von engagierten Berufskollegen an der sehr anstrengenden und aufwändigen Diskussion von Zielen und Empfehlungen mitgewirkt. Der Bauernbund begrüßt den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen über Tierproduktion, soweit dieser von Verständnis für die Erfordernisse der bäuerlichen Tierhaltung geprägt ist, und sieht den Tierschutzplan insofern als einen Baustein für höhere gesellschaftliche Akzeptanz der Tierproduktion.

Nach Studium des Tierschutzplans möchte ich heute auf einen grundsätzlichen Fehler hinweisen:

- Auf der Sitzung des Lenkungsgremiums am 10. November 2017 in Potsdam-Bornim habe ich folgenden Vorschlag gemacht, der von allen Teilnehmern befürwortet wurde: "In den Vorbemerkungen zum Tierschutzplan ist klarzustellen, dass 1.) die Ausbildung zum Landwirt oder Tierwirt als Sachkundenachweis im Sinne des Tierschutzplans gilt, 2.) Empfehlungen des Tierschutzplans dahingehend zu verstehen sind, dass sich die Rahmenbedingungen der Tierhaltung in diese Richtung entwickeln sollen, ohne dass daraus unmittelbar ordnungsrechtliche Konsequenzen folgen."
- In dem ersten Protokollentwurf über die Sitzung wurde dieser Beschluss zunächst nicht erwähnt. Mit Mail vom 29. November 2017, die alle Teilnehmer erhalten haben, habe ich an den Beschluss erinnert, woraufhin mir von der Protokollantin umgehend schriftlich versichert wurde, dass der Wortlaut des Beschlusses noch eingearbeitet wird. In dem am 18. Dezember 2017 – also erst nach Vorlage des Tierschutzplans – versandten Protokoll ist dieser Wortlaut jedoch nicht als Beschluss wiedergegeben, sondern als Teil der Diskussion. Das Protokoll changiert zwischen Verlaufsprotokoll und Ergebnisprotokoll und ist unprofessionell und uneindeutig.
- In dem am 15. Dezember 2017 vorgelegten Tierschutzplan schließlich finden sich die Inhalte des Beschlusses nur noch als "am meisten diskutierte Handlungsfelder" in verwässerter Form wieder. Somit sind zwei für die Zustimmung des Bauernbundes zum Tierschutzplan entscheidende Bedingungen, gewissermaßen auf dem Weg, mit oder ohne Absicht, verloren gegangen.

Aus der Arbeitsgruppe Antibiotikaeinsatz und Umweltwirkung wurde ein weiterer Fehler gemeldet:

- Hier wurde in den Maßnahmenkatalog eine Empfehlung zur überbetrieblichen Erfassung und Auswertung von Tiergesundheitsdaten aufgenommen. Diese setzt zwar nicht zwingend voraus, legt aber logisch nahe, dass die Betriebe verpflichtet werden, Tiergesundheitsdaten elektronisch zu erfassen und zum Zwecke der überbetrieblichen Auswertung an eine zentrale Stelle zu übermitteln. Das hatte unser Vertreter in der Arbeitsgruppe mit dem Hinweis auf den betrieblichen Datenschutz stets kategorisch abgelehnt.

Aufgrund dieser Fehler kann die vom Bauernbund Brandenburg nach konstruktiver Mitarbeit in Aussicht gestellte Zustimmung zum Tierschutzplan derzeit nicht erteilt werden. Unsere Ablehnung bezieht sich allerdings nicht auf das Vorhaben an sich und die vielen sinnvollen Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Hier betonen wir erneut, dass wir nach wie vor an einem gesellschaftlichen Konsens interessiert sind. Allerdings wünschen wir uns, dass sich die Landesregierung bei der Umsetzung des Tierschutzplans an der grundsätzlichen Übereinkunft orientiert, die wir am 10. November 2017 im Lenkungsgremium erzielt haben und Ihnen hiermit auch offiziell zur Kenntnis geben. Wir werden keine Maßnahmen unterstützen, die unsere fachliche Kompetenz in Frage stellen oder die uns ordnungsrechtlich aufgezwungen werden. Nur ein Tierschutzplan, der gemeinsam mit den Tierhaltern umgesetzt wird, hat eine Chance auf Breitenwirkung.

Mit freundlichen Grüßen Reinhard Jung, Geschäftsführer

OmniCult® Schwefel-Linsen®

Bekannt von: www.schwarzwildschaden.de

**Schwefel-Linsen® her -
Keine Wildschweine
mehr!**



Auch für Biobetriebe geeignet!

OmniCult® Schwefel-Linsen® versorgen landwirtschaftliche Kulturen über die gesamte Vegetation bedarfsgerecht mit Schwefel.

Im Jahr 2017 haben deutschlandweit über 100 angelegte Referenzflächen bestätigt, was Landwirte seit Jahren beobachten:

Mit OmniCult® Schwefel-Linsen® behandelte Flächen (z. B. Mais, Grünland, Raps und Getreide) werden von Schwarzwild gemieden, da die Wildschweine diese Flächen als „nicht für die Nahrungsaufnahme geeignet“ wahrnehmen.

Rufen Sie uns an: 06431 - 28 07 560

www.schwefel-linsen.de

OmniCult FarmConcept GmbH | Wiesletstraße 1 | 65549 Limburg

T: (+49) 06431 28 07 560 | F: (+49) 06431 28 07 561

E: info@omnicult.net | www.omnicult.net


OmniCult
FARMCONCEPT

Bauernbund gegen Kunstfleisch: Konzerne greifen erneut nach der Macht bei Lebensmitteln

Pressemitteilung vom 22. Januar 2018

Der Bauernbund Brandenburg hat die zukünftige Bundesregierung aufgefordert, Herstellung, Einfuhr und Vermarktung von Kunstfleisch in Deutschland vorsorglich zu unterbinden und damit jeder Forschung in diese Richtung die Grundlage zu entziehen. "Nachdem die internationalen Konzerne bei der Gentechnik gescheitert sind, suchen sie mit Kunstfleisch einen neuen Weg, um die Kontrolle über die weltweite Produktion von Lebensmitteln zu gewinnen", sagte Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen. Man könne lange über die richtige Agrarpolitik diskutieren, so der 53jährige Landwirt aus Zollchow in der Uckermark: "Aber für Freiheit und Wohlstand unserer Gesellschaft ist es ein gravierender Unterschied, ob das wertvolle Lebensmittel Fleisch von 100.000 Bauern durch Landwirtschaft produziert wird oder von zehn Monopolen aufgrund patentierter industrieller Verfahren."

Dass das aus Stammzellen lebender Tiere gezüchtete Gewebe jemals ökonomisch konkurrenzfähig sein wird, sei zwar noch nicht absehbar, räumt Paulsen ein: "Statt wie wir in natürlichen Kreisläufen durch Bodenfruchtbarkeit und Photosynthese das pflanzliche Futter für die Tiere herzustellen und mit deren Gülle wieder die Pflanzen zu düngen, muss in den Kunstfleisch-Fabriken Nährlösung und Energie von außen zugeführt und Abfall beseitigt werden." Dennoch sei aufgrund derzeit billiger



fossiler Brennstoffe durchaus eine Marktdurchdringung vorstellbar, die zahllose bäuerliche Tierhalter in den Ruin treiben würde. Deshalb ärgere ihn vor allem, dass Veganer und Tierrechtler ohne Fachwissen auf die Werbung der Konzerne hereinfallen, betont Paulsen, der auf seinem Hof Milchkühe und Junggrinder hält: "Wer die Versprechungen vom Fleischgeschmack ohne Tierleid nachplappert, macht sich zum nützlichen Idioten der großen Konzerne."

Rindfleisch auf dem Grill - es gibt nichts Besseres.

Bauernbund kritisiert sinnlose Tötung von 1700 Kühen wegen Rinderherpes

Pressemitteilung vom 16. Februar 2018

Der Bauernbund Brandenburg hat mit Unverständnis auf die vom Land Mecklenburg-Vorpommern angeordnete Abschachtung von 1700 Kühen auf einem Betrieb reagiert, wo bei einzelnen Tieren Rinderherpes (BHV1) festgestellt worden war. "Der Erreger an sich ist völlig ungefährlich, beeinträchtigt weder die Qualität der Milch noch des Fleisches und kommt bei stressfreier Haltung ohnehin nicht zum Ausbruch", sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, selber Rinderhalter aus Lennewitz in der Prignitz. Es sei höchste Zeit, die von der staatlichen Veterinärbürokratie geforderte BHV1-Freiheit aller Rinderbestände kritisch zu hinterfragen.

Die Tötung von 1700 Kühen sei aufgrund der großen Zahl ein besonders krasses Beispiel, weise aber auf einen generellen Misstand hin, so Jung: "Seit Jahren kostet die zwangsweise Bekämpfung dieser relativ unbedeutenden Krankheit uns Bauern Zeit und Geld. Und wenn irgendwo doch mal ein Erreger festgestellt wird, macht der Staat die züchterische Arbeit von Generationen an einem Tag kaputt. Das ist unverhältnismäßig."



KRONE

THE POWER OF GREEN



Alles aus einer Hand!

KRONE bietet Ihnen das lückenlose Programm für eine erfolgreiche Futterernte! Vom Mähen bis zum Häckseln; bei KRONE findet jeder Landwirt und jeder Lohnunternehmer die passende Maschine für seinen Betrieb.

Innovation, Kundennähe und absolutes Servicedenken – das hat KRONE zu einem der führenden Unternehmen in der Futterernte gemacht. Technik, mit der Sie einfach besser abschneiden: Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr.

Ingo Kadasch, Werksbeauftragter
 Maschinenfabrik Bernard Krone GmbH & Co. KG
 Langnower Ausbau 02 · 16928 Groß Pankow GT Langnow
 Telefon: 0171 7771827 · E-Mail: ingo.kadasch@krone.de

Hilft bei
Extremniederschlägen.



ALZON[®] neo-N

Der Allwetterdünger



Jetzt ansehen!

www.alzon-neo-N.de/#wirkprinzip
+49 (0) 3491 68-3000

skw.
PIESTERITZ

EIN UNTERNEHMEN DER AGROFERT GROUP